

Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Halten Sie es für hinnehmbar oder gar politisch gewollt, dass ausgerechnet die Personengruppe, die maßgeblich zur Grenzöffnung, zum Zusammenbruch der DDR und damit zur Herstellung der staatlichen Einheit beigetragen hat, nach der Herstellung der staatlichen Einheit als einzige Personengruppe, gerade auch im Vergleich mit ihren in der DDR verbliebenen Kollegen, gedemütigt und strukturell massiv benachteiligt bleibt?

Ausgerechnet DDR-Flüchtlinge werden durch die Deutsche Einheit bei der Berechnung der Rente benachteiligt, weil sie mittlerweile nicht mehr nach dem Fremdrentengesetz, sondern nach dem Rentenüberleitungsgesetz behandelt werden. Vor 1989 bereits zugesagte Rentenansprüche wurden dadurch gesenkt. Wir GRÜNE fordern ein Ende dieser Benachteiligung und haben dazu einen Antrag (18/7699) in den Bundestag eingebracht, der allerdings von der Union und der SPD abgelehnt wurde.

2. Halten Sie es für angemessen, dass die jeweiligen Koalitionsfraktionen der bisherigen Bundestage es vermieden haben, den Konflikt in die jeweiligen Koalitionsverträge aufzunehmen?

Wir bedauern, dass das Thema in den vergangenen Jahren trotz entsprechender Initiativen unter anderem von uns Grünen keine angemessene parlamentarische Behandlung erfahren und die Bundesregierung keinen Versuch unternommen hat, den Konflikt zu befrieden.

3. Was wollen Sie tun, um zu gewährleisten, dass der o.g. Konflikt Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen zur 20. Legislaturperiode wird?

Die Forderungen der ehemaligen DDR-Geflüchteten bleiben weiterhin auf unserer Tagesordnung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Thema im Koalitionsvertrag gewürdigt und das Problem gelöst wird.

4. Was wollen Sie tun, um zu gewährleisten, dass der Petitionsausschuss des Bundestages unvoreingenommen, sachgerecht und unabhängig von regierungsamtlichen Vorgaben zu einer Beschlussempfehlung zu der o.g. Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 kommt, mit der die Forderung nach einem äquivalenten Nachteilsausgleich erfüllt wird?

Aufgrund der vielen eingehenden Petitionen und der sorgfältigen Prüfung der Anliegen dauert es in der Regel mehr als ein Jahr, bis ein Petitionsverfahren abgeschlossen wird. Wir GRÜNE werden unseren Beitrag dazu leisten, dass das Petitionsverfahren möglichst bald abgeschlossen werden kann.

5. Die „politische Entscheidung“ der Bundesregierung führt dazu, daß die DDR-Altübersiedler für ihr einst widerständiges Verhalten in der DDR nach deren Beitritt sozialpolitisch bestraft werden. Hält Ihre Partei die daraus resultierende Entwertung der Altersversorgungen für vertretbar oder gar gewollt?

Eine sozialpolitische Bestrafung dieser Personengruppe ist nicht beabsichtigt und die daraus resultierende Entwertung der Altersversorgungen weder vertretbar noch gewollt. Deshalb setzen wir GRÜNE uns wie geschildert dafür ein, eine Regelung zu schaffen, die die Benachteiligung beendet.

6. Die bisherigen Bundesregierungen haben alle bislang vorgelegten Lösungsvorschläge (Sammelpetition 2012, Anträge Fraktionen, Große Anfrage, aktuelle Stellungnahmen zur Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233) ignoriert und verworfen. Wie wird sich Ihre Partei in der 20. Legislaturperiode dazu verhalten?

Wir GRÜNE beabsichtigen eine wohlwollende Prüfung der vorgelegten Lösungsvorschläge, um den Konflikt zu befrieden.

7. Der „Härtefallfonds“ soll beitriffsbedingte Defizite bestimmter Berufsgruppen ausgleichen; DDR-Altübersiedler sind Versicherte der BRD, deren DDR-Biografien rückwirkend politisch entwertet werden. Hält Ihre Partei die Verweisung der DDR-Altübersiedler in diesen Fonds für gerechtfertigt?

Wir GRÜNE möchten eine Fonds-Lösung nicht kategorisch ausschließen. Es kommt auf den Inhalt der Regelung an und darauf, ob die Betroffenen diese Lösung als angemessen empfinden.

8. Wie beurteilt Ihre Partei folgende Kausalitäten?

- **Flucht und Ausreise - wichtiger Katalysator für Zusammenbruch des SED-Regimes**
- **Wiedervereinigung - ehemalige DDR-Flüchtlinge dauerhaft sozialpolitisch bestraft**
- **Fiktion: Beitritt der DDR gescheitert - Renten der DDR-Altübersiedler sind gesichert**

Flucht und Ausreise haben zweifellos zum Zusammenbruch des DDR-Regimes beigetragen. Auch deshalb sprechen wir GRÜNE uns für eine Neuregelung im Sinn der DDR-Geflüchteten aus.